

Novelle durchbringen ist. Es soll den Krankenkassen danach nicht gestattet sein, Versammlungen zu beschicken, die über Prophezeie beraten; bei Gewährung der erforderlichen Hebammendienste soll keine freie ärztliche Behandlung, Familienunterstützung usw. gewährt werden können. Ausdrücklich abgelehnt worden ist, daß § 29 in der Art ausgelegt werden soll, daß es einzelnen Klassen gestattet ist, an Krankentassenkongressen und hygienischen Kongressen und dergleichen teilzunehmen. Außerdem geht das Gesetz nicht nur gegen die Krankenkassen, sondern es ist auch direkt gegen die Berufsvereine wie die Gewerkschaften gerichtet. Das erhoffe Sie daraus, daß z. B. alle Anträge abgelehnt sind, die darauf abzielten, Berufsvereine nicht etwa als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes gelten zu lassen, wenn sie soziale Zwecke durch Zahlung von Zuschüssen zu Krankengeldern, Invaliden- und Sterbegeldern oder durch Errichtung von Witwen-, Waisen- oder Arbeitslosenunterstützung, und dergleichen erfüllen. Die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Kampfnatur des Gesetzentwurfs geht auch daraus hervor, daß selbst der Antrag abgelehnt ist, der erklärte, daß wegen politischer oder religiöser Ueberzeugung oder Betätigung der Kassemitglieder, des Kassenvorstandes oder der Kassenbeamten einer Hilfsklasse die Genehmigung zur Errichtung nicht verweigert oder die Kasse nicht gar aufgelöst werden dürfe.

Hoch-Danau: Die Gründe, die Bebel gegen meine Ausführungen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Solche Massenagitation, wie ich sie angeregt habe, haben wir seit Jahren leider gar nicht mehr gehabt. Wir hätten auf Grund der Vorarbeiten der Zentral-Kommission für Bauarbeiterschutz sehr wohl unter den Bauarbeitern agitieren und ihnen zeigen können, daß die bürgerlichen Parteien sie mit einer bloßen Resolution abspitzen. Auch für den Heimarbeiterschutz hätte die Situation besser ausgenutzt werden können, ich habe ja entsprechende Anregungen in der Presse gemacht. Unsere Fraktion hätte die bürgerlichen Parteien festnageln und sie anstoßen müssen, wirklich etwas für die Heimarbeiter zu tun. Hier könnten Partei und Gewerkschaften gemeinsam arbeiten. Ich wollte der Fraktion nur mal den Kopf waschen, hoffentlich wird es nützen. (Geisterkeit.)

Adolf Hoffmann ruft: Du kommst ja das nächste Mal wieder! (Große Geisterkeit.)

Pfanntsch: Bauarbeiterschutz und Heimarbeiterschutz sind bekanntlich Spezialitäten von Hoch. Hoch hat aber nicht das entkräftet, was Bebel gesagt hat, daß nämlich für eine umfassende Agitation doch wieder zum größten Teil die Reichstagskollegen in Anspruch genommen wären. Hoch weiß doch aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter, daß auch er oft aus triftigen Gründen den Anforderungen nicht entsprechen konnte. Wird aber eine Agitation mit unzureichenden Kräften entriert und tritt ein Fehlschlag ein, dann setzt die Kritik erst recht ein. Bebel hatte dem Genossen Fuchs aus Elßaß-Vohringen den Rat gegeben, sein Material einzusenden. Tatsächlich hatte Fuchs mich gebeten, im Reichstag die Elßaß-Vohringischen Angelegenheiten im allgemeinen und besonders die der Eisenbahnarbeiter zur Sprache zu bringen. Er hat auch das Material rechtzeitig an das Parteibureau gesandt. Ich persönlich hatte mich verpflichtet, es im Reichstag vorzubringen; aber man ist nicht immer Herr seines Geschicks. Ich schleppte mich, trotzdem ich sterbenskrank war, bis vor den Reichstag, mußte mich aber wieder ins Bett legen, weil ich mich nicht aufrecht halten konnte, so gern ich wollte. Ich konnte den Auftrag nicht ausführen, ich war an die Grenze meiner physischen Leistungsfähigkeit gekommen. Ich verspreche aber dem Genossen Fuchs, daß das, was in der vorigen Session nicht möglich war, in der nächsten Session nachgeholt wird. Noch ein Wort über die Ausgabe von 12 000 Mk. anlässlich der „Vorussia“-Affäre. Die Ausgabe war nicht deshalb nötig, weil die Interpellation nicht an dem ersten zur Beratung angelegten Tage zur Besprechung gekommen ist, sondern weil die beteiligten Verbände, der

Metallarbeiterverband und der Bergarbeiterverband, die Veröffentlichung des gesamten Materials im vollen Umfange verlangten. Die Organisationen erklärten sich bereit, je ein Drittel der Kosten zu übernehmen. Demnach wäre also nur ein Drittel auf die Parteikasse gefallen. Der Metallarbeiterverband hat sich von der Veröffentlichung zurückgezogen, indem er selbständig das Material veröffentlichte; der Bergarbeiterverband wird sich hoffentlich seiner Verpflichtung, zu zahlen, nicht entziehen. Der Parteivorstand ist also auch da mit aller Vorsicht vorgegangen. Aber da das Dortmund-Geschäft auf Realisierung seiner Forderung drang, hat der Vorstand das Geld vorläufig verauslagt. Das Dortmund-Geschäft ist also nicht zu kurz gekommen.

Die Debatte wird geschlossen. Persönlich bemerkt

Schelte: Es hat mir vollständig ferngelegen, Sie vorzutwerfen, daß er agitatorisch nicht tätig sei, ich wollte das nur gesagt haben mit Bezug auf seine politische Betätigung. Die Herausgabe der Reichstagsverhandlungen über die Vorussia-Affäre halte ich für überflüssig, wenn die Fraktion auf dem Posten gemein wäre, daher meine Stellungnahme.

Hue: Der Vorredner meint, ich hätte nicht genügend politisch agitiert. Ich stelle fest, daß es im Wahlkreise Bochum nicht einmal im dritten Teil der Orte möglich ist, Versammlungen abzuhalten, weil das „tolerante“ Zentrum uns systematisch die Säle abtreibt. (Hört! hört!)

Schöpflin (Schlußwort): Ich habe keineswegs eine Schuld der Fraktion zugegeben und um mildernde Umstände gebeten. Das Lob, das Reinert den Freisinnigen gezollt hat, trifft nicht zu. Die Freisinnigen beantragten zwar eine Vermögenssteuer, aber zur Deckung der Kosten der Flottenvorlage. Bei den Militärpensionsgesetzen haben wir wichtige Änderungen durchgesetzt. Daß die Fraktion sich zu sehr abschließt, weise ich zurück. Wir müssen sogar in ganz außerordentlichem Maße agitatorisch tätig sein, so daß unsere Arbeit im Parlament oft darunter leidet. Die Fraktion hat ihre Schuldbigkeit in vollem Maße getan. Die Debatte hat ja auch gezeigt, daß der Parteitag im allgemeinen damit zufrieden war.

Der Antrag 47 wird der Fraktion zur Erledigung überwiesen, Antrag 48 abgelehnt, Antrag 49 angenommen, Antrag 50 unter großer Geisterkeit einstimmig abgelehnt, Antrag 51 gleichfalls abgelehnt.

Auf Vorschlag des Bureau tritt der Parteitag in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung ein:

Der internationale Kongress 1907.

Dierzu liegt außer der Resolution 144 nur der Antrag 115 vor, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Berichterstatter Singer: Ich glaube, ich werde mit meinem Referat den Parteitag nicht lange Zeit in Anspruch zu nehmen brauchen. Ich habe die Ueberzeugung, daß über meinen Antrag, den Internationalen Kongress zu beschicken, absolut keine Meinungsverschiedenheit besteht. Ebenso wenig wird darüber eine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß, seitdem der Internationale Kongress beschlossen hat, ein internationales Bureau zu schaffen, um die der Arbeiterklasse aller Länder gemeinsamen Aufgaben auch international zu besorgen, dadurch der Arbeiterklasse aller Länder wesentliche Dienste geleistet werden sind. (Zustimmung.) Das internationale Bureau hat die ersten Jahre benutzen müssen, die Organisation von Land zu Land zu vereinbaren und zu stärken, und wenn bei Eröffnung des Parteitages mit Freude darauf hingewiesen werden konnte, daß es gelungen ist, die französischen Genossen zu einer Einigung zu veranlassen, wann ferner in Aussicht gestellt werden konnte, daß auch die englischen Genossen die Einigung vollziehen werden, und wenn wir zu unserer

besonderen Bemühtung gehört haben, daß in Rußland die verschiedenen Gruppen sich zusammengeschlossen haben (Weisfall), dann müssen wir der Tätigkeit des internationalen Bureau, des Exekutivkomitees und seiner Sekretäre den Hauptanteil an diesen erfreulichen Erfolgen zuschreiben, und wir können nur dankbar diese Tätigkeit konstatieren, weil auch wir gewillt sind, die internationale Solidarität, die Brüderlichkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.) Das Proletariat hat die Gründung des internationalen Bureau nicht nur nicht zu bedauern, sondern wir können erfreulicherweise von Erfolgen berichten. (Weisfall.) Die Tätigkeit des internationalen Bureau wird auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß zur Kenntnis aller Beteiligten gebracht werden. Soweit es möglich war, hat bereits unsere Parteipresse von den Tagungen des internationalen Bureau Mitteilung gemacht, und ich kann es mir daher ersparen, heute im einzelnen darauf einzugehen. Als in Amsterdam auf dem letzten Kongreß beschlossen wurde, den nächsten Kongreß in Deutschland abzuhalten, da war die deutsche Partei darüber auf das höchste erfreut. Es könnte ja verwunderlich erscheinen, daß Deutschland so spät an die Reihe kommt, aber ich brauche hier keine Erörterung darüber zu pflegen, aus welchen Gründen man bisher davon abgesehen hat. Nun aber, nachdem der Kongreß diesen Beschluß unter der warmen Befürwortung der deutschen Vertreter gefaßt hat, bin ich überzeugt, daß die deutsche Partei alles aufbietet wird, um den zum erstenmal in Deutschland tagenden Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß zu fördern und seine Arbeit nach Möglichkeit zu unterstützen. (Weisfall.) Wenn der nächste Internationale Kongreß in Stuttgart stattfindet, werden die Vertreter der Arbeiter aller Länder sich einfinden, um auf deutschem Boden darzutun, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt sich nicht getrennt fühlt durch Grenzpfähle. (Lebhafte Weisfall.) Ich glaube, daß der Kongreß in Stuttgart eine Tätigkeit entfalten wird, die aller Welt den Beweis liefert, daß der gewaltige und mächtige Bund der Arbeiterklasse aller Länder auch in Deutschland zur vollen Wirkung und zum Ausdruck kommen wird. (Bravo.) Darüber also, daß dieser Kongreß von Deutschland beschickt wird, herrscht kein Zweifel, und daß es notwendig ist, daß die Solidarität des internationalen Proletariats durch die Aussprache der Vertreter der verschiedenen Länder gefördert wird, und daß es dazu keine bessere Gelegenheit gibt, als die Internationalen Kongresse, auch darüber besteht unter uns keine Meinungsverschiedenheit. (Sehr richtig!) Wenn ich Ihnen also empfehle, daß der Parteitag die Genossen auffordert, den 1907 zum erstenmal in Deutschland stattfindenden sozialistischen Arbeiterkongreß zur Belohnung der Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beschicken, wird der Parteitag einmütig diesem Vorschlag zustimmen. (Lebhafte Weisfall.) Ich wende mich nun dem zweiten Teil der Resolution zu. Es ist ganz erklärlich, daß die Tatsache, daß im nächsten Jahre zum erstenmal ein Internationaler Kongreß auf deutschem Boden tagen wird, die Neigung zur Beschickung dieses Kongresses in Deutschland wesentlich stärker wird. Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, daß Deutschlands Arbeiterklasse mit großem Interesse diesem Kongresse entgegensteht, und daß die deutschen Arbeiter, sowohl die politisch, wie die gewerkschaftlich organisierten, sehr geneigt sein werden, die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften möglichst stark vertreten zu lassen. (Sehr richtig!) Nun aber glaube ich, daß wir durch eine zu große Zahl der deutschen Delegierten die Arbeit des Kongresses eher beeinträchtigen als fördern würden. (Sehr richtig!) Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß der Kongreß seine Arbeit vollkommen und unbeeinträchtigt erfüllen kann, und unsere Wünsche auf starke Beschickung des Kongresses in einem gewissen Umfang einschränken.

Ich glaube daher, daß die Parteileitung, welche durch mich diesen Vorschlag machen läßt, in Ihrem Sinne handelt, wenn sie vorschlägt, die Zahl der

deutschen Delegierten auf eine bestimmte Höchstziffer festzulegen. Ein solcher Vorgang ist nicht neu in der Geschichte der Internationalen Kongresse. Ich weise darauf hin, daß die Schweizer Genossen, als der Internationale Kongreß in Zürich tagte, in derselben Weise verfahren sind, ebenso die französischen Genossen in Paris, und die belgischen in Brüssel. Ich glaube, die Zahl, welche wir gegriffen haben, reicht aus, um auch das höhere Interesse, welches der Kongreß bei den deutschen Genossen erregen wird, zu befriedigen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bei den bisherigen internationalen Kongressen die Deutschen gewöhnlich, Gewerkschaft und Partei zusammen, etwa 70—80 Personen stark waren, so glaube ich, daß wir mit der Gesamtzahl von 300, die wir Ihnen vorschlagen, alle Ansprüche zu befriedigenden Instände sind. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird also kaum jemand, der von seinen Genossen für würdig erachtet wird, auf den internationalen Kongreß geschickt zu werden, Einbuße zu erleiden brauchen. (Sehr richtig!) Aber selbst wenn das der Fall wäre, würde es unsere Pflicht als Vertreter des Landes, in dem der Kongreß tagt, sein, uns eine gewisse Einschränkung und Bescheidenheit aufzuerlegen, weil wir den ausländischen Delegierten in keiner Weise irgendwelche Unbequemlichkeiten machen wollen. Dasselbe Interesse, welches wir an der Einschränkung der Delegiertenzahl haben, wird auch bei den Gewerkschaften vorhanden sein, und da wir den Wunsch haben, auch auf diesem Gebiet mit den Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen und hoffen wir, daß die Gewerkschaften sich ebenfalls dieser Kontingentierung anschließen. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, einen die Gewerkschaften verpflichtenden Beschluß zu fassen. Es fällt uns auch gar nicht ein, so anmaßend zu sein, daß wir den Gewerkschaften vorschreiben wollen, was sie zu tun haben; davon kann gar keine Rede sein. Aber ich glaube den Wunsch auszusprechen zu dürfen, daß die Generalkommission bei den Verbänden unseren Vorschlag befürwortet. Das ist unser gutes Recht und in dem vorliegenden Falle unsere Pflicht, und wir dürfen uns um so mehr der Hoffnung hingeben, daß auch die Gewerkschaften dieser Auffassung beitreten, als ich mitteilen kann, daß die Generalkommission, an die wir uns gewendet haben, prinzipiell dem von uns vertretenen Standpunkt beitrifft, aber noch nicht in der Lage ist, einen definitiven Beschluß zu fassen, weil sie den Vorständen der Verbände diese Frage zur endgültigen Entscheidung vorlegen muß. Wir müssen uns für heute damit begnügen, den Wunsch auszusprechen, daß auch die Generalkommission unserer Auffassung beitrifft, und die Schritte tut, die notwendig sind, um einen solchen Beschluß der Gewerkschaftsverbände herbeizuführen. Ich erwähle Ihnen also auch den zweiten Teil der Resolution zur Annahme. Ich habe nur noch hinzuzufügen, daß ich das feste Vertrauen habe, daß die deutsche Arbeiterklasse, die im nächsten Jahre zum erstenmal einen internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß im Reiche sehen wird, alles aufbietet wird, unseren ausländischen Brüdern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind in der glücklichen Lage, an dem Ort, wo der Kongreß tagt, eine Mitgliedschaft zu haben, die schon oft bewiesen hat, daß sie es versteht, große Tagungen zu arrangieren. Das internationale Bureau wird selbstverständlich noch in diesem Jahre eine Sitzung abhalten, in der die Einzelheiten für den Kongreß vorbereitet werden, es wird die provisorische Tagesordnung festgestellt, und dafür Sorge getragen werden, daß die Berichte der einzelnen Länder zeitig genug eingehen, damit die Delegierten bereits Kenntnis von dem Inhalt dieser Berichte vor Beginn des Kongresses haben, um dann um so fruchtbarer diese Fragen bearbeiten zu können. Der Parteivorstand in Verbindung mit dem internationalen Bureau und den Genossen Stuttgarts wird alle Vorbereitungen treffen, um ein glückliches Gedeihen des Kongresses zu ermöglichen. Wir wollen aber auch an dieser Stelle bekunden, daß wir die internationalen Kongresse als ein Mittel zur Stärkung der Brüderlichkeit,

Solidarität und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse aller Länder für durchaus notwendig erachten. Und gerade bei der gegenwärtigen Weltlage ist es Aufgabe und Pflicht des internationalen Proletariats, Wacht zu halten, und dafür zu sorgen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats, ungeführt durch etwaige dem Kapitalismus und bürgerlichen Interessen dienende Kräfte, propagiert werden kann. (Beifall.) Wie Sie aus den Ansprachen der Genossen aus dem Auslande gesehen haben, haben dieselben der deutschen Sozialdemokratie sehr hohe Anerkennung gezollt. (Beifall.) Diese hohe Anerkennung hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, unsere Agitation zu fördern, da sie uns doch gezeigt hat, mit welchem Interesse unsere Arbeit von den Bruderparteien verfolgt und begleitet wird! (Sehr richtig!) Zeigen wir uns daher dankbar, indem wir dazu beitragen, daß der nächste internationale Kongreß erfolgreich arbeiten kann und versprechen Sie, daß jeder selbst mögliches tut, damit der Kongreß in Stuttgart sich würdig seinen Vorgängern anreihen kann. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wird die von Singer vorgeschlagene Resolution (144) ohne Debatte einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag von Singer berät der Parteitag nunmehr die Anträge, die sich mit der Tagesordnung des nächsten Parteitagestages beschäftigen: 120, 121, 122, 123, 133 Abf. 2, 135, 137 und 138.

Den Antrag 120 begründet

Zubelt-Berlin: Es gibt wohl kaum eine wichtigere Frage, als die Landarbeiterfrage, diese Frage muß auf dem nächsten Parteitag ausgiebig erörtert werden, damit die Genossen, die auf dem Lande agitierten, einheitlich vorgehen können. Ich habe mich gefreut, daß die Frage auf der Frauenkonferenz eingehend behandelt ist. Das sollte auch der Parteitag tun, um Mittel und Wege zu finden, wie wir die Landarbeiter zu Sozialdemokraten erziehen können. Die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sind verschieden, um so notwendiger ist es, daß wir gegenseitig unsere Erfahrungen austauschen. Deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Paanhuß: Es tut mir leid, daß ich gegen den Antrag sprechen muß, aber ich halte es nicht für ratsam, schon jetzt die Tagesordnung des nächsten Parteitagestages festzusetzen. Der Parteivorstand könnte dadurch in eine Zwangslage geraten, er müßte sich unter Umständen über den Beschluß hinwegsetzen. Es ist ratsamer, solche Anträge dem Vorstand zu überweisen. Ich kann konstatieren, daß diesmal die provisorische Tagesordnung allgemeine Zustimmung fand. Schreiben Sie dem Parteivorstand keine Marschrouten vor, sondern überweisen Sie ihm diesen und ähnliche Anträge. Auf dem nächsten Parteitag müssen vor allem die Reichstagswahlen behandelt werden. Wir werden es uns sehr überlegen müssen, ob wir da die Tagesordnung noch mit anderen Dingen bepacken dürfen.

Zu Teil beantwortet nunmehr im Einverständnis mit den Antragstellern, den Antrag dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Mollenbaur: Ob wir den Antrag annehmen oder zur Berücksichtigung überweisen, kommt schließlich auf dasselbe hinaus. Wir werden uns auf dem nächsten Parteitage außer mit den laufenden Angelegenheiten und den Reichstagswahlen auch mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses zu befassen haben. Das für die Landarbeiter erforderliche Agitationsmaterial kann nicht der Parteitag liefern. Das müssen die Genossen sich selbst verschaffen unter Berücksichtigung der Verhältnisse der verschiedenen Landesteile. Worauf es ankommt, das sind unsere Forderungen. Bisher haben wir für die Landarbeiter das gleiche gefordert, wie für die Industriearbeiter. So brennend ist die Frage nicht, obwohl es ganz gut wäre, wenn einmal das Elend der Landarbeiter in der breiten Öffentlichkeit geschildert würde.

Hierauf wird der Antrag 120 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen.

Schulz-Bremen begründet den Antrag 121: Die Vertreter des Parteivorstandes werden wohl auch diesem Antrag widersprechen, aber trotzdem können wir davon nicht absehen. Eigentlich hatte ein nichtabstimmender Genosse die Begründung unseres Antrages übernommen, um dadurch zu bekunden, daß ein solcher Antrag nicht nur die Abstinenten angeht. Da der Genosse nicht anwesend ist, muß ich für ihn einspringen. Wenn Sie den Antrag annehmen, so führen Sie damit lediglich einen Beschluß des Bremer Parteitagestages aus, daß die Presse sich mehr mit der Alkoholfrage beschäftigen und auf die Schäden des Alkoholgenußes hinweisen soll. Das ist bisher nicht in genügendem Maße geschehen. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, so verpflichten Sie sich damit nicht etwa, Abstinenten zu werden. Wir wollen nur die Massen mehr als bisher auf die Gefahren des Alkohols hinweisen, und das kann am besten durch ein Referat nebst der vorhergehenden und der nachfolgenden Diskussion geschehen. Veröffentlichung der Referate vorher seine Resolution, so wird sich daran eine lebhaftere Diskussion in der Presse anknüpfen, und das ist von hoher Bedeutung. Ich bitte Sie, es mit dem Antrag nicht wieder so zu machen, wie im Vorjahre, wo Sie diesen Antrag in Verbindung mit dem Antrag, die Erziehungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, dem Parteivorstand überwießen haben; ich bitte Sie vielmehr, unseren Antrag ohne Einschränkung anzunehmen.

Brühns-Kattowitz: Als ich mich vor fünf Jahren zuerst ernstlich mit der Alkoholfrage beschäftigte — sie ist wirklich nicht mit einigen trivialen Nebenarten und mehr oder minder schlechten Weinen zu erledigen — habe ich, wie bei allen Fragen des öffentlichen Lebens, mich gefragt: Kann dabei für die Arbeiterbewegung ein Vorteil herauskommen? Und ich bin nach reiflichster Ueberlegung zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Alkoholisismus ein gewaltiges Hindernis der Aufklärungsarbeit und unserer organisatorischen Bestrebungen ist und daher von den Parteigenossen entschieden bekämpft werden muß. Daß ich dann, einmal entschlossen, diesen gefährlichen Schädiger der Arbeiterbewegung zu bekämpfen, selbst Alkoholabstinent wurde, ist selbstverständlich. Wenn mich irgend etwas in meiner Ueberzeugung festigen konnte, so waren das die Erfahrungen, die ich in den nun drei Jahren meiner Tätigkeit im ober-schlesischen Industriebezirk gemacht habe. Dort feiert der Alkoholisismus seine furchtbaren Triumphe, insbesondere an Lohn- und Vorschustagen, — die Gruben- und Hüttenbarone zahlen ihren Arbeitern am Ersten des neuen Monats gnädigst einen Teil des im vorhergehenden Monat verdienten Lohnes und nennen das — Vorschuß geben, den Rest zahlen sie dann am 15. des anderen Monats. Da sieht man jeder Beschreibung spottende Szenen. In den zahllosen Schnapselunken stehen die Armen dichtgedrängt bis in die fernsten Ecken der schmutzigen Räume — Lische und Stühle gibt es meist nicht — und trinken den entsetzlichen Fusel oft bis sie sinnlos zusammenstürzen. Weiber und Kinder zeren und schleppen die Männer unter Schimpfen und Heulen aus den Kneipen und von den Straßen nach Hause, um wenigstens einen kleinen Teil des ohnehin jämmerlichen Lohnes für die kommenden zwei Wochen elendesten Lebens zu retten. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun. Es ist nicht möglich, all' das Elend und Unglück in wenigen Worten zu schildern. Es ist so groß, daß in Oberschlesien ein großer Teil der katholischen Geistlichen, daß auch die Polenpartei durch Förderung der Abstinentenbewegung denselben entgegenzuwirken sucht. Auch Staat und Gemeinden suchen neuerdings zu wirken, allerdings nur mit toten mechanischen, nur erbitternd wirkenden Polizeimaßregeln. Wie unter solchen Verhältnissen die Arbeiterbewegung steht, kann man sich denken. Wir kommen sehr viel langsamer fort, wie anderswo. Es liegt mir nun fern, zu sagen, daß hier eine Agitation für Alkoholabstinent das erste Hilfsmittel wäre, nein, zunächst wäre das ein Grund, die Leute noch schwerer zu gewinnen. Erst wenn der Organisationsgedanke in seinen einfachsten Formen in die Köpfe gebracht ist, sollten durch die Aufklärung über den furchtbaren Feind der Arbeiter

die Gewonnenen rascher und sicherer wie heut, zu brauchbaren, Karren und opferwilligen Kämpfern gemacht werden. Und noch eins kommt hier in Betracht: Wir gewinnen durch Bekämpfung des Alkoholismus die Frauen, die willigen Werkzeuge der Pfaffen, die gerade in Oberschlesien unsere ächtesten Gegner sind, viel leichter für die Bewegung. Die Frauen leiden am schwersten unter dem Alkoholismus der Männer, und sie werden um so sicherer Freunde einer Bewegung, die ihnen bessere Männer gibt. Auch das habe ich in Oberschlesien erfahren. In unseren ober-schlesischen Versammlungstotalen gibt es nur ein Getränk: Wasser. Hunderte von Frauen aber haben den zunächst heftigen Widerstand gegen den Besuch des Lokals durch ihre Männer aufgegeben, lediglich mit der Begründung, „von dort kommt der Mann nicht betrunken nach Hause.“ Wir werden Sorge tragen, daß auch in den weiter zu errichtenden Versammlungslökalen dort keine alkoholischen Getränke zu haben sind und hoffen dabei auf Verständnis bei der beteiligten Generalkommission der Gewerkschaften. Ich bin aus meinen eindringlichen Erfahrungen heraus zu der Erkenntnis gekommen, daß es von großem Nutzen ist, die Alkoholfrage von Partei wegen einmal gründlich zu erörtern und bitte daher um Annahme des Antrages. (Lebhafter Beifall.)

Engler-Freiburg: Ich weiß aus eigener Erfahrung, bei der Kleinagitation, welchen Schaden der Alkohol anrichtet und wie er unser Vorwärtstreiben hemmt. Den Sohn eines Oesterreichers, daß der Alkohol der beste und zuverlässigste Bundesgenosse des Kapitals ist, kann ich nur unterschreiben. Jetzt trinken sogar schon Kinder Alkohol. Hier müssen wir aufklärend wirken. Mit Holzzeigeseiger werden wir da nichts machen, sondern nur durch Aufklärung. Ich halte es für nötig, daß wir die Frage auf dem nächsten Parteitag erörtern. Allzulange Zeit werden wir dazu nicht brauchen. Die vorausgehende Diskussion in der Presse wird ihre Wirkungen nicht verfehlen. Genosse *V r u n s* hat von den schlimmsten Wirkungen des Alkohols in Oberschlesien gesprochen, aber nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Süddeutschland zeigen sich die üblen Folgen des Alkoholismus. (Zustimmung.)

Pfannkuch: Wenn ich gegen den Antrag spreche, so geschieht es aus den gleichen Gründen, die ich vorher bereits geltend machte. Der Parteivorstand erkennt die Schäden des Alkoholismus vollkommen an. Von dem, was die Mitglieder des Parteivorstandes das Jahr über für Getränke ausgeben, kann ein Birt nicht einmal eine Woche lang leben. (Hört! hört!) Der Erörterung der schädlichen Wirkung des Alkohols in der Presse steht nichts im Wege. Es ist durchaus nicht nötig, daß hierzu ein Parteitagsbeschluss vorliegt. Die erzieherische Tätigkeit der Partei in bezug auf den Alkoholismus äußert sich jetzt schon. An Orten, wo die Sozialdemokratie einen erzieherischen Einfluß ausübt, ist die Kriminalität bedeutend zurückgegangen. Ich habe nichts dagegen, daß der Parteitag sich einmal mit der Frage des Alkoholismus beschäftigt, wenn er Zeit dazu hat. Aber im nächsten Jahre wird es nicht möglich sein. Ich warne davor, dem Parteivorstand einen stritten Auftrag zu erteilen, den er unter Umständen gar nicht ausführen kann. Die diesjährige Tagesordnung beweist ja, wie wenig wir die Tagesordnung eines Parteitages im voraus feststellen können. Wir glaubten, im vorigen Jahre die Frage des Massenstreiks erledigt zu haben, aber es hat sich gezeigt, daß wir verpflichtet sind, diese Frage heute nochmals zu behandeln, und wer weiß, was uns das nächste Jahr bringt. Man soll sich auch nicht fortwährend drängen und treiben lassen von einzelnen Deuten an diesen oder an jenen Orten, die humane Bestrebungen fördern, so sehr ich ihnen dazu Erfolg wünsche. Mit demselben Recht könnte auch einmal verlangt werden, die Folgen der Kaffeetrinkerei auf die Tagesordnung zu setzen. (Widerspruch.) Ich kenne Parteigenossen, die Abstinenzler sind und Kaffee in Qualitäten und Quantitäten verkehren, daß die Wirkung noch schlimmer ist, als die des Alkohols. Dagegen, daß sie den Antrag dem Parteivorstande zur Erledigung überweisen,

weder nicht einzusetzen, aber wenn man den Parteivorstand zwingen will, so möchte ich mich mit Händen und Füßen dagegen, solange ich Mitglied des Parteivorstandes bin. Ich bitte, die Anträge abzulehnen. (Beifall.)

Erhart-Rudwigschafen: Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich weder selbst zu den Antialkoholikern gehöre, noch eine Verbindung mit ihnen unterhalte. (Heiterkeit.) Ich schäme ein gesundes Glas Wein, besonders wenn es ein Pfälzer ist. (Große Heiterkeit.) In richtigem Maße genossen, ist das gut. (Erneute Heiterkeit); ich bedauere, daß auf so viele Abstinenzler das Wort paßt: „Junge . . .“ (Stimmliche Heiterkeit), ich will lieber sagen, daß so viele, die früher im Trunke etwas zu viel getan haben, später glauben Duße tun zu müssen (Heiterkeit), die die Erfahrung, die sie an sich gemacht haben, anderen ersparen wollen; sie sind dadurch etwas verdächtige Agitatoren der Sache. (Erneute Heiterkeit.) Es ist hier nicht der Platz, auf die Frage selbst einzugehen, Sie wissen ja, daß die Glote des Präsidenten und die Beschränkung der Redezeit uns zwingt, immer dann aufzuhören, wenn es am schönsten ist. (Große Heiterkeit.) Wir müssen zu der Frage einmal Stellung nehmen. Im Anfang war es nur ein kleiner Kreis, der das verlangt hat; er wurde immer größer und mir wurde ganz bange, als in diesem Jahre aus allen Ecken und Kanten Deutschlands die dringende Aufforderung kam, die Frage zu besprechen. Wenn wir das tun, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß wir nun stets nur Mineralwasser trinken müssen. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls ist es vor Vor- teil, die Frage zu erörtern. Es ist sehr gut, wenn Pfannkuch sagt, die Frage kann in der Presse diskutiert werden, auch ohne daß beschlossen wird, sie auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. Aber Sie sollten stolz darauf sein, daß die Antialkoholiker so viel Wert auf einen Parteitagsbeschluss legen. Ich ziehe die Konsequenzen, die Ihr zieht, nicht, denn ich brauche noch kein Kuratel, ich weiß zur rechten Zeit beim Trinken aufzuhören. (Heiterkeit.) Ich gebe zu, es ist beschämend, wenn Arbeiter trinken, bis es oben herauskommt, und wenn sie dann in ihrem Duns die Marzellaise plärren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir dagegen etwas tun können, so leisten wir der Partei einen großen Dienst. (Sehr richtig!) Wir werden die Frage nicht so lösen können, wie es Kagenstein will. Denn wir müßten erst Ersatz für das Bier haben. Das Mineralwasser ist viel zu teuer. Es müßte verbilligt werden. (Sehr richtig!) Wir können sehr wohl die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen. Wir wollen den Parteivorstand aber nicht ver-gewaltigen. Wenn zwingende Gründe da sind, gut, dann setzt die Frage als letzten Punkt auf die Tagesordnung! (Große Heiterkeit.) Sie brauchen darüber nicht zu lachen. Wenn der Punkt erst einmal auf der Tagesordnung steht, dann kommt er, wenn er nicht mehr erledigt werden kann, das nächste Mal ganz gewiß heran. Vielleicht könnten wir den Antrag dem Vorstand zur Ver-lückung überweisen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Alberty-Fingoltsadt: Ich muß meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß von so autoritativer Stelle wie durch *P f a n n k u c h* Anschauungen geäußert werden, die wissenschaftlich nicht haltbar sind und deshalb entschieden zurück-gewiesen werden müssen. *P f a n n k u c h* zog einen Vergleich zwischen der Schäd-lichkeit des Alkohols und des Kaffees. Er vergißt, daß Kaffee, Tabak usw. ihre schäd-liche Wirkung stets nur individuell, nie aber sozial äußern. Man sollte sich also hüten, über eine solche Sache mit einem solchen Mangel an Sachkenntnis zu reden, wo es sich um eine Bewegung handelt, die nicht bloß von bedeutenden bürger-lichen Gelehrten — ich nenne bloß den ersten Psychiater Deutschlands, Professor Kraepelin-München — sondern auch von hervorragenden außerdeutschen Partei-genossen, wie Adler, Handwergel, Lang u. a. getragen wird. Ich möchte Sie bitten, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, nicht in dem Sinne, wie

Schhart meint, daß er an den Schluß einer Tagesordnung gesetzt wird, sondern daß er tatsächlich zu einer weiten und gründlichen Beratung gelangt.

Webel: Ich bin kein Gegner der Antialkoholbewegung, und wenn etwa der Glaube herrschen sollte, daß der Vorstand aus irgend welcher Animosität gegen diese Bewegung den Gegenstand nicht auf die Tagesordnung setzen wolle, so möchte ich das auf das allerentschiedenste bekämpfen. Ich erkenne an, daß wir um die Erörterung der Frage früher oder später auf einem Parteitage nicht herumkommen. Ich erkenne weiter an, daß es bei dem Umfange, den die Bewegung angenommen hat, dringend notwendig ist, die Frage einmal zu erörtern. (Sehr richtig!) Aber ich wehre mich allen Ernstes und zwar im eigenen Interesse der Partei dagegen, daß Sie den Antrag in der Form annehmen, wie er gestellt ist, das heißt, mit der Verpflichtung, die Frage im nächsten Jahre zu erörtern. **Schulz** hat vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß in Bremen der Antrag gleichfalls dem Vorstande überwiesen, aber dennoch nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist. **Glaubi Schulz**, daß irgend ein Punkt der diesmaligen Tagesordnung zurückgestellt werden konnte? Die Tagesordnung ist diesmal so belastet, daß wir froh sein können, wenn wir dieselbe erledigen. Das war voriges Mal auch der Fall. Auch voriges Mal sind verschiedene Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung gestellt, aber von der großen Mehrheit des Parteitages abgelehnt worden, und die Erörterungen haben bewiesen, daß das ein guter und vernünftiger Beschluß war. Wir leben in einer Zeit, wo wir keinen Tag wissen, was der nächste Tag an großen Ereignissen bringen wird. (Sehr richtig!) Wir wissen daher nicht, was für außerordentlich wichtige Fragen im nächsten Jahre auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Wenn Sie uns aber jetzt die Verpflichtung auferlegen, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen, so wird der neue Parteivorstand dem wohl oder übel nachkommen müssen, und das Ende vom Liede wird sein, daß dieser Antrag an den Schluß kommt oder gar nicht erörtert wird, und dann ist die Mißstimmung größer wie je. (Widerspruch.) Es herrscht im Vorstande keine Animosität gegen den Antrag. Sind die Zeilkäufe im nächsten Jahre so, daß wir den Punkt auf die Tagesordnung setzen können, so erkläre ich für meine Person, daß ich dafür eintreten werde. (Bravo!) Liegen aber die Ereignisse so, daß eine Reihe anderer wichtiger Fragen erörtert werden muß, sodas dieser Punkt zurückgesetzt werden muß, so müssen wir in der Lage sein, das zu tun, ohne gegen einen Parteitagbeschluß zu verstoßen. Denn es ist immer unangenehm, wenn Parteitagbeschlüsse nicht befolgt werden können. Als vernünftige Leute sollten wir uns in eine derartige Lage nicht bringen. Ich bitte Sie, hier eine ähnliche Entscheidung wie in der Landarbeiterfrage zu treffen.

Schmann-Altona: Ich bin erfreut, daß **Webel** den nötigen Ernst bei der Behandlung dieser Frage gefunden hat im Gegensatz zu einigen anderen Rednern. Wenn aber wirklich im nächsten Jahre besonders wichtige Fragen aufgetaucht sind, wird man sicher auch bei den Freunden dieses Antrages verstehen, daß die Frage noch zurückgestellt wird. Die bisherige Haltung des Parteivorstandes, insbesondere des Genossen **Pfannkuß**, war freilich eine so unsachgemäße, daß wir auf Entgegenkommen des Parteivorstandes nicht rechnen konnten. Genosse **Pfannkuß** wies auf den Kaffeegenuß und das Rauchen hin. Der Raucher, der Kaffeetrinker schädigt nur sich selbst, der Alkoholist dagegen auch die Gesellschaft. Der Säufer erstickt Menschen, es dürfte aber noch nicht vorgekommen sein, daß einer, weil er zu viel Kaffee getrunken hat, einen Menschen erstochen hat. (Geisterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 188 Abs. 32 wird zurückgezogen.

Die Anträge 128, 195, 197 werden mit großer Mehrheit dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Hierauf werden die Anträge 122 und 188 Abs. 2 beraten.

Schmann-Berlin: Wir haben unseren Antrag Nr. 122 eingebracht, damit auf dem nächsten Parteitag die Stellung der Partei zu den bürgerlichen Parteien endlich festgelegt wird. Der Parteitag muß endlich einmal sein Veto einlegen gegen die Bündnisse mit den schwarzen Raben und den Freisinnigen in einzelnen Bundesstaaten. Ich will anerkennen, daß die Gründe, die die Genossen **Webel** sowie **Pfannkuß** gegen die Festlegung der Tagesordnung zum nächstjährigen Parteitag anführen, ihre Berechtigung haben. Wir sind daher bereit, unseren Antrag insoweit zu ändern, als wir den Antrag auf Überweisung zur Berücksichtigung unseres Antrages stellen.

Dieser Antrag wird ohne Diskussion angenommen.
Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch 8 1/2 Uhr vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 26. September 1906. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Singer: Es ist noch ein Gast eingetroffen. Der Sekretär des Schweizer Textilarbeiterverbandes aus Zürich, Genosse **Jenny**, ist vom Zentralkomitee des Verbandes als Delegierter hergeschickt. Ich heiße ihn herzlich willkommen. Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt IV der Tagesordnung:

Der politische Massenstreik.

Hierzu liegt die von dem Berichterstatter **Webel** vorgeschlagene Resolution 136, ferner die Anträge 58 bis 71, 142, 145, 157 vor.

Singer: Alle diese Anträge betrachte ich als Amendements zu der Resolution **Webel**. Infolgedessen werden die Antragsteller nicht das Wort zur Begründung, sondern nur das Wort in der Diskussion erhalten. Ich schlage vor, für alle Anträge auf einmal die Unterstützungsfrage zu stellen. Die Antragsteller werden dann in der Diskussion über ihre Anträge sprechen können. (Zustimmung.)

Alle Anträge werden genügend unterstützt.

Berichterstatter **Webel:** Als wir im vorigen Jahre in Jena auseinandergingen, hat wohl niemand geahnt, daß wir in diesem Jahre schon wieder über den politischen Massenstreik sprechen müssen. Wie das gekommen ist, ist Ihnen allen bekannt. Die Art, wie diese Diskussion probiert wurde, muß allerdings auf das entschiedenste verurteilt werden. Sie wissen, daß auf Grund einer vertraulichen Besprechung durchaus unverbindlicher Art, die Generalkommission und Parteivorstand im Februar hatten, und über welche die Generalkommission in der kurz darauf folgenden Konferenz der Zentralvorstände berichtete, ein Protokoll aufgenommen wurde, das allerdings — wie ich nachweisen werde — die Verhandlungen zum Teil unrichtig wiedergibt. Durch die Indiskretion der sogenannten „Einigkeit“ in Berlin ist es dann zu großen Debatten gekommen. Ich finde, daß der Titel „Einigkeit“ in diesem Falle der reinste Hohn ist. (Sehr richtig!) Wenn man loyal zu Werke gehen wollte, und wenn die betreffenden Debatteure sich als Parteigenossen betrachteten, war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, da aus dem Protokoll klar hervorging, daß der Parteivorstand bei diesen Verhandlungen nicht vertreten war, zunächst einmal bei diesem anzufragen, ob das Protokoll in Wahrheit das wiedergibt, was in der vertraulichen Besprechung verhandelt worden war. (Sehr richtig!) Wenn sie dann mit der Antwort nicht zufrieden waren, mochten sie tun, was sie für gut hielten. Aber auch dann würde ich die Veröffentlichung als Treubruch charakterisieren müssen. (Sehr richtig!) Doch trifft vielleicht auch hier das Wort zu von der Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.